

1 Die Flüchtlingskrise weiter denken – Afrika nicht aus den Augen verlieren

2 *Antragsteller: Kommission Europa-, Außen-, Sicherheitspolitik*

3

4 Das Jahr 2015 hat Deutschland gefordert. Mehr als eine Million Flüchtlinge haben Ihren Weg in unser Land
5 gefunden und die Hilfsbereitschaft ist trotz allem ungebrochen. Teil der Realität ist aber auch, dass der Staat
6 bereits jetzt an seine Belastungsgrenzen stößt – trotz der Hilfe tausender ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer.
7 Elementare Dinge wie die innere Sicherheit und die menschenwürdige Unterbringung von Asylbewerbern
8 können bereits jetzt nicht mehr vorbehaltlos gewährleistet werden. Flüchtlingsheime werden in Brand
9 gesteckt, Ausschreitungen zwischen Anhängern verschiedener Nationalitäten aber auch die Vorfälle von
10 Silvester in vielen Großstädten in Deutschland geben Grund zur Sorge, wie 2016 mit neuen Flüchtlingen
11 erfolgreich bewältigt werden soll.

12 Dabei muss spätestens jetzt vorausblickend mit den Flüchtlingen der Zukunft geplant werden. Bisher kam
13 ein Großteil der Flüchtlinge vom Balkan, aus Syrien, aus dem Irak und aus Afghanistan. Diese
14 Flüchtlingsströme haben sich aber schon gegen Ende des vergangenen Jahres insoweit entwickelt, als dass es
15 bereits jetzt kaum mehr Flüchtlinge aus den Balkanstaaten gibt, dafür aber nordafrikanische Staaten als
16 Herkunftsländer auf Platz vier und fünf liegen – Marokko und Algerien. Diese Dynamik gilt es zu beobachten
17 und ernst zu nehmen. Die Sicherheitslage in Marokko, Algerien und Tunesien ist stabil. Sie müssen daher als
18 sichere Herkunftsländer erklärt werden.

19 Es ist zu erwarten, dass nun mehr auch die ersten Flüchtlinge aus Subsaharastaaten in Europa und in
20 Deutschland eintreffen werden. Staaten, die zuvor keine Beachtung der Öffentlichkeit erfahren haben, also
21 nicht Eritrea und Somalia, die bereits seit Jahren für einen stetigen Flüchtlingsstrom sorgen, sondern eine
22 Vielzahl anderer, die südlich der Sahara liegen. Bürgerkriegsregionen sind unter anderem Angola, Nigeria,
23 der Sudan, Mali, die Zentralafrikanischen Republik und - zwar aus den Medien verschwunden aber längst
24 noch nicht vorbei - Libyen. Dazu kommt der Bürgerkrieg im Jemen und der Kurdenkonflikt in der Türkei. All
25 diese Länder werden 2016 und darüber hinaus für weitere Flüchtlinge sorgen, solange sie nicht stabil und
26 bürgerkriegsfrei sind.

27 Es ist an der Zeit bereits jetzt in diesen Krisenherden tätig zu werden. Die innere Sicherheit ist direkt mit der
28 Außen- und Sicherheitspolitik verbunden. Die Beteiligungen der Bundeswehr in Mali und vor Somalia
29 reichen nicht, um einen Kontinent zu befrieden. Alleine wird es vor Ort nicht gehen, deswegen müssen
30 Ausbildungskontingente erhöht werden um Demokratien wie Nigeria beim Kampf gegen
31 Terrororganisationen wie Boko Haram zu unterstützen.

32 Schließlich muss Deutschland darauf drängen, dass mobile Eingreiftruppen der UNO weiter ausgebaut
33 werden. Völkermorde wie 1972 von den Tutsi an den Hutu in Burundi oder 1993 von den Hutu an den Tutsi
34 in Rwanda dürfen sich nicht wiederholen. Und genau das droht derzeit in Burundi. Ethnische Konflikte
35 flammen auf dem afrikanischen Kontinent immer wieder auf. Im Fall des Falles sieht die UNO sich nicht
36 gewappnet, um Völkermorde zu verhindern. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

37

38 **Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:**

39

- 40 • Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsländer zu erklären.
- 41 • Einen verstärkten Abschluss von Rückführungsabkommen mit afrikanischen Staaten.
- 42 • Bekämpfung von Schleuserbanden.
- 43 • Den Aufbau von Registrierungscentren für Flüchtlinge vor Ort.
- 44 • Eine Aufstockung von Ausbildungsmissionen für afrikanische Demokratien. Dabei sollen auch Staaten
45 einbezogen werden, die eine Perspektive auf eine freiheitliche Grundordnung haben.
- 46 • Die Stärkung einer mobilen Eingreiftruppe der UNO.
- 47 • Verstärkung der Zusammenführung ethnischer Konfliktparteien durch diplomatische
48 Zusammenarbeit.